

Nein zu einer Großen Koalition Für eine SPD-geführte Regierung mit der Linkspartei.PDS

Die den Willen der Wählermehrheit, der ArbeitnehmerInnen erfüllt

Erklärung der SPD-Mitglieder

Gotthard Krupp (SPD, AfA-Landesvorstand Berlin, ver.di), Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd, ver.di), Klaus Schüller (SPD, stellv. AfA-Landesvorsitzender Thüringen, DGB), Karlheinz Gerhold (SPD, AfA-Landesvorstand)

* * * *

Das deutsche Volk, der Souverän, hat am 18. September entschieden. Er hat der „Reform“politik Schröders eine klare Absage erteilt, und ebenso der angekündigten noch brutaleren Fortsetzung dieser Politik durch Merkel und die CDU.

Die ArbeitnehmerInnen und die Jugend sagen

– Nein zur Politik der sozialen Zerstörung durch Schröder,

– Nein zur Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen!

16 Millionen haben die SPD trotz und gegen Schröder gewählt, um Merkel und die noch schlimmere Fortsetzung von Schröders Agenda-Politik zurückzuschlagen. Die Absage an Schröder und seine Politik zeigt sich auch in den Verlusten der SPD von fast 2,3 Mio. Stimmen gegenüber 2002; gegenüber den Wahlen von 1998 hat sie fast 20% ihrer WählerInnen verloren. Etwa 1 Million ehemalige SPD-WählerInnen haben ihre Stimme der Linkspartei.PDS gegeben, 0,5 Million verweigert die Stimme der SPD durch Wahlenthaltung.

Die CDU hat mehr als 1,8 Mio. Stimmen verloren.

„Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben deutlich gesagt, wir wollen eine Politik gegen unsere Interessen nicht.“ (Michael Sommer, DGB-Vorsitzender)

Und Peters, Chef der IG Metall: „Eine strukturelle Mehrheit in Deutschland hat für eine solidarische und soziale Politik votiert, in der die Interessen der Arbeitnehmer im Vordergrund stehen.“

Die Unternehmer und die bürgerliche Presse sind entsprechend beunruhigt und enttäuscht.

„Die Deutschen haben kein Mandat für weitere Reformen gegeben, das ist die wichtigste Botschaft aus dieser Wahl“, erklärt der Chefökonom der Investment Bank Barclays Capital, Thorsten Polleit. Das sei sehr enttäuschend.

Und um noch eine Stimme beispielhaft zu nennen: „Das Ergebnis ist für die Wirtschaft eine Enttäuschung. Denn es macht das Regieren schwieriger und bringt unser Land nicht voran. Wir brauchen eine mutige und schnelle Weiterentwicklung der Agenda 2010...“, so der BDI-Präsident, Jürgen R. Thumann.

Diese nach den NRW-Wahlen erneute Absage einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung an die Umsetzung der „Reform“politik, wie sie die EU allen Regierungen diktiert, schreibt sich ein in den Sieg des Neins zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland.

Der Glückwunsch des Präsidenten der EU-Kommission, J.M. Barroso, für Merkel bleibt in der Schublade. Er fürchtet um die Entscheidungsfähigkeit der EU, da „ohne eine zu einschneidenden Reformen bereite Bundesregierung die wirtschaftspolitische Strategie der EU, in der die Sozialverträglichkeit nur eine Randrolle spielt, nur schwer durchzusetzen sein (wird)“, kommentiert die FR, 20. 9. 05.

Tony Blair, unter dessen Vorsitz auf dem informellen EU-Gipfel Ende Oktober die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik, d.h. das Modell Blair – sozialer Kahlschlag für ganz Europa – diskutiert werden soll, hatte fest auf Merkel, auf den „Wechsel“ gesetzt.

Das Wirtschaftsblatt „Les Echos“ schreibt, dass der „gefesselte Riese Deutschland“ wie schon das „Nein“ der Franzosen zur europäischen Verfassung dafür sorgen werde, dass auch in Brüssel auf absehbare Zeit nichts vorangehe...

Vor der Wahl haben wir erklärt:

Muss es nicht in aller Klarheit heißen:

Merkel muss zurückgeschlagen werden, von Schröder muss man sich befreien – und SPD wählen!

Merkel musste sich einer schweren Niederlage fügen.

Schröders Politik der Agenda 2010 wurde erneut massiv zurückgewiesen. Wenn Schröder behauptet, das Wahlergebnis sei eine Bestätigung für die Fortsetzung seiner „Reform“politik und dafür unter

seiner Führung eine Regierung der Großen Koalition oder welcher „Ampel“ auch immer bilden will, schlägt das dem Wählerwillen ins Gesicht. Es ist eine Missachtung der Demokratie, der Entscheidung des Souveräns. Das gilt genauso für das Projekt einer „Großen Koalition“, wie es von Gysi und Lafontaine propagiert wird.

Der Wille der Wählermehrheit, der ArbeitnehmerInnen und Jugend, eröffnet endlich einen Weg, sich von der ganzen Politik des sozialen Niedergangs zu befreien und eine noch katastrophalere Entwicklung zu verhindern. Hat die Wählermehrheit nicht alle Bedingungen geschaffen für eine Regierung, die dem Willen der Mehrheit entspricht und sofort Schluss macht mit dieser Agenda-Politik und die sozialen und demokratischen Errungenschaften wiederherstellt und stärkt?

Ist es nicht Aufgabe der SPD, die Initiative für eine solche Regierung zu ergreifen,

für eine SPD-geführte Regierung mit der Linkspartei PDS zur Erfüllung der dringlichsten Forderungen der ArbeitnehmerInnen und der Jugend?

– Für die Aufhebung der Hartz-Gesetze, von Hartz IV und aller sozialen Kürzungen; für die Wiederherstellung des bewährten Systems der Arbeitslosenversicherung!

– Für die Verteidigung des allgemein-verbindlichen Flächentarifvertrages und die Respektierung und Stärkung der Gewerkschaften als deren Garanten!

– Für ein Verbot der Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit und Renditesteigerung!

– Verteidigung und Wiederherstellung der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, des öffentlichen Dienstes – des Rechts auf bezahlbaren Nahverkehr, auf öffentliche Krankenhäuser, auf Wasser, Kitas und Wohnungen in kommunaler Verantwortung!

– Wiederherstellung des Rechts auf kostenlose ärztliche und medizinische Versorgung im Rahmen der solidarischen und gesetzlichen Krankenversicherung – für die Wiederherstellung der paritätisch aus dem Gesamtlohn finanzierten sozialen Sicherungssysteme!

– Für den Rückzug aller deutschen Soldaten aus allen Auslandseinsätzen!

– Schluss mit der Umsetzung der EU-Politik, die allen Regierungen die Politik des Sozialabbaus, des Wettbewerbs und der Privatisierung diktiert; Stopp der EU-Dienstleitungsrichtlinie, der Abrissbirne gegen soziale Standards und Tarifverträge!

Kontaktadressen: Gotthard Krupp, E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de • Fax: 030 – 3131662
Michael Altmann, E-Mail: michael.altmann@gmx.net • Fax: 069 – 577965
Klaus Schüller, E-Mail: klaus-schueller@gmx.de
Karlheinz Gerhold, E-Mail: KHGerhold@aol.com • Fax: 0345 – 3880012

Die Redaktion »Soziale Politik & Demokratie« wendet sich an alle SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen, die für den Bruch mit Schröder und seiner Politik sind, die die sozialdemokratischen Grundwerte verteidigen und für den Kurswechsel hin zu wirklicher sozialdemokratischer Politik eintreten: Nutzt die Zeitung »Soziale Politik & Demokratie«, um diese wichtige Diskussion zu führen.

O Hiermit bestelle ich 1 Exemplar der Zeitung »Soziale Politik & Demokratie« zur Ansicht.

Ich möchte die Zeitung abonnieren für ein Jahr

zum Kostenpreis von 50,- Euro (inkl. Porto)

zum ermäßigten Abonnement für West 19 Euro / Ost 17 Euro

Name & Adresse:

Fax/E-Mail: Org./Funktion:

Kontaktadresse: Soziale Politik & Demokratie • Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62 • E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de
Konto: C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00), Kontonummer: 5629 455 002